

XXXL und Halberg sind keine Einzelfälle

Solidaritätskomitee dokumentiert Arbeitsplatzverluste in der Region und wie Unternehmen dabei vorgehen

VON REBEKKA SAMBALE

MANNHEIM. „Arbeitsplatzvernichtung stoppen!“ ist der Titel einer Schrift des überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar. Es geht darin um Standort-Verlagerungen, Entlassungen und Arbeitsplatzabbau in Firmen aus Mannheim und der Pfalz sowie um Forderungen an die Politik.

Das überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar gibt es bereits seit Januar dieses Jahres. Es ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftern, der bei Treffen die Situation in Betrieben der Region diskutiert. Im Fokus dabei: Arbeitsplatzvernichtung. Die Ziele: überbetriebliche Solidarität erzeugen, gegenseitige Unterstützung sowie Öffentlichkeit schaffen.

Im Juni gab es in Mannheim ein Treffen mit Politikern, wie Wolfgang Alles, Sprecher des Komitees, berichtet. Daraus ist nun eine Dokumentation entstanden, die zeigt, was in Sachen gefährdeter Arbeitsplätze in den vergangenen Monaten und Jahren in Mannheim und Umgebung passiert ist, und wo Gefahren liegen. XXXL Mann Mobilia in Mannheim etwa, wo im Februar plötzlich 99 Mitarbeiter ohne Vorwarnung „freigestellt“ wurden und wo



Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung im Februar in Mannheim.

ARCHIVFOTO: KUNZ

es nach mehreren Gerichtsinstanzen Abfindungen gab. Nur „ein finanzielles Trostpflaster“, wie Alles sagt. Die Arbeitsplätze jedoch sind verloren. Oder Halberg Maschinenbau. Dass der Standort Ludwigshafen geschlossen wird, ist beschlossene Sache. Bei Siemens Turbomachinery Equipment in Frankenthal steht der Abbau von über 100 Arbeitsplätzen an. General Electric plant, am Standort Mannheim –

ehemals Alstom – 1066 Beschäftigte bis Ende 2017 zu entlassen.

Wolfgang Alles beklagt eine „generelle Entwicklung, die in ihrer Brutalität zugenommen hat“. Dabei seien die Muster der Arbeitsplatzvernichtung in vielen Konzernen ähnlich. Das Komitee hat von den Politikern nicht nur kurzfristige Unterstützung verlangt, sondern fordert mittelfristig auch Gesetzesänderungen, um etwa die Rech-

te von Betriebsräten zu stärken. Im November wird sich das Komitee wieder mit den Stadtrats-, Landtags-, Bundestags- und Europa-Abgeordneten treffen, die im Juni in Mannheim waren. Dann erhoffen sich die Arbeitnehmervertreter erste konkrete Zusagen.

WEITERE INFORMATIONEN

Die Dokumentation steht im Internet unter www.solidaritaet-rhein-neckar.de